

Aus der Gesamtstudie ergeben sich weitere Konsequenzen:

- Die veränderten Bedingungen für die Glaubensverwirklichung des einzelnen in einer pluralen, freiheitlichen, weithin a-religiösen Gesellschaft verlangen eine veränderte Ansprache der Gläubigen.
- Die institutionellen Strukturen müssen überprüft werden auf das, was zentral notwendig ist, und das, was in lokaler Verantwortung geschehen kann.
- Vor Ort müssen Priester gemeinsam mit Laien neue Wege erkunden, die besser auf die jeweilige individuelle Situation des einzelnen, entsprechend dem unterschiedlichen „Glaubensstand“ gemäß seiner Generationsprägung, abgestimmt sind.
- Die Pfarrgemeinde darf sich nicht vorrangig auf die registrierten Katholiken konzentrieren, die überwiegend der (weißen) Mittelschicht angehören, sondern muß die wachsende Zahl der ethnischen Gruppen (Latinos, Asiaten) ebenso stärker ins Blickfeld rücken wie die Alleinstehenden, Geschiedenen, in konfessionsverschiedenen Ehen Lebenden, die das Gros der nichtregistrierten Katholiken ausmachen.

„Die große, vor uns liegende Aufgabe besteht darin, die Kirche mit den Menschen zu verbinden“, heißt es in der Studie (die jetzt als Buch unter dem Titel „The Search for Common Ground“, Our Sunday Visitor Publishing, Huntington, Indiana, vorliegt). Schließlich resümiert Davidson, daß die Einheit unter den Katholiken erhalten bleiben kann, wenn alle Wege und Schritte der Testfrage unterzogen werden: „Wird dies den Glauben und das geistige Leben der Katholiken im

21. Jahrhundert stärken?“ – und nicht etwa der Frage, ob damit die institutionellen Strukturen erhalten bleiben. Dies kann allerdings, wie *Andrew Greely* bereits 1984 in seinem Buch „How to Save the Catholic Church“ vorausgesagt hat, zu einem stark individuell zugeschnittenen Glauben führen, bei dem eine „vor-dogmatische“ sakramentale Erfahrung im Vordergrund steht und zur Schwächung von hierarchischen und dogmatischen Elementen führt. Ob es aus diesem Grund bisher noch keine offizielle Stellungnahme von Seiten der US-Bischöfe zu der Davidson-Studie gibt, ist eher unwahrscheinlich. Denn grundsätzlich identifizieren sich auch die US-Bischöfe mit dem amerikanischen Freiheitsgedanken (der letztlich der „Freiheit des Christenmenschen“ nahekommt), was sich z. B. oft bei ihren Auseinandersetzungen mit Rom zeigt. Andererseits stehen sie fest auf dem Boden des Weltkatechismus. Widersprüche, die sich ergeben, versuchen sie – wiederum typisch amerikanisch – von pragmatischen Ansätzen aus zu beheben.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß inzwischen Befunde und Folgerungen aus der Davidson-Studie, auch wenn sie für die Bischöfe nicht alle angenehm sind, in mehreren Diözesen vor allem im Blick auf die Gemeindepastoral ausgewertet werden, mit oberhirtlicher Zustimmung oder sogar auf ihre Anregung hin. Und im jüngsten Pastoral Schreiben an die Jugend „Sons and Daughters of the Light“ bezieht sich die zuständige Bischofskommission sogar ausdrücklich auf die Untersuchung über den „Common ground“, die gemeinsame Glaubensbasis.

Ferdinand Oertel

Alternativen zum Neoliberalismus?

Ein Symposium zu Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit in Lateinamerika

Obwohl die sogenannte Wende zur Marktwirtschaft in den Ländern Lateinamerikas mit großen Erwartungen verbunden war, ist es bis heute nicht gelungen, die wachsende Zahl der Armen in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge zu integrieren. Welche Regeln braucht daher der Markt? Damit befaßte sich kürzlich ein internationales Symposium. Andreas Lienkamp, Dozent in der Katholischen Akademie des Bistums Essen, „Die Wolfsburg“, berichtet.

„Wir gehen die Verpflichtung ein, immer deutlicher dem neoliberalen System eine klare Absage zu erteilen, das keine Vielfalt zuläßt und die Armen ausgrenzt; struktureller Feind der indigenen Völker, weil sie sich in ihren auf Gegenseitigkeit basierenden Kulturen weigern, sich den Regeln des Marktes und dem Klassensystem zu unterwerfen.“ Diese radikale Absage an den Neoliberalismus formulierte die 13. Generalversammlung des

Brasilianischen Indianermissionsrates (CIMI) in ihrer Schlußbotschaft vom 13. August 1999. Sie stellte sich damit in die Tradition der Bischofsversammlung von Santo Domingo, die schon 1992 das „neoliberale Wirtschaftsmodell“ angeprangert hatte, „das hauptsächlich die Ärmsten trifft“ (SD 181). Hintergrund dieser scharfen kirchlichen Kritik ist die Tatsache, daß es Politik und Ökonomie in den meisten Ländern

des lateinamerikanischen Kontinents bislang nicht gelungen ist, die wachsende Zahl der Armen in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge zu integrieren. Diese Beobachtung nahmen die Bischöfliche Aktion Adveniat und die Katholische Akademie des Bistums Essen, „Die Wolfsburg“, zum Anlaß, um zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bank im Bistum Essen und dem Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) zu einem amerikanisch-europäischen Symposium nach Mülheim an der Ruhr einzuladen. 165 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 22 Nationen stellten sich der Frage, wie wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika im Kontext der Globalisierung strukturell so miteinander verknüpft werden können, daß der weiteren Verarmung und Marginalisierung großer Bevölkerungsteile entgegengewirkt wird.

In der Tradition von Medellín, Puebla und Santo Domingo

Mit dieser Fragestellung knüpften die Veranstalter bewußt an die Bischofsversammlungen von Medellín (1968), Puebla (1979) und Santo Domingo (1992) sowie an Veröffentlichungen zahlreicher lateinamerikanischer Ortskirchen und Ordensgemeinschaften an, die sich immer wieder – wie jüngst auch die „Amerikasynode“ – zur Anklägerin ungerechter wirtschaftlicher Strukturen und zur Verteidigerin vor allem der Armen und Ausgeschlossenen gemacht haben. Ihr Motiv ist der Glaube an den erlösenden und befreienden Gott und die an ihm sich orientierende Option für die Armen, aus der heraus sich die Kirche des Kontinents für eine sozial gerechte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt.

So hatten sich die Veranstalter des Symposiums vorgenommen, die mit dem chilenischen Experiment Anfang der achtziger Jahre eingeläutete „Wende zur Marktwirtschaft“ zu rekonstruieren, ihre ökonomischen und sozialen Konsequenzen zu analysieren und Perspektiven zur Zukunft des Kontinents in der Weltwirtschaft zu erarbeiten. Dabei sollten gemäß dem Leitbild des „Erdgipfels“ von Rio de Janeiro (1992) Bedingungen einer gleichermaßen ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten und ökonomisch effizienten Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert werden.

Zunächst einmal müssen, wie der Gießener Entwicklungsökonom *Hans-Rimbert Hemmer* betonte, die unterschiedlichen Verwendungszusammenhänge und Interpretationen der Begriffe „Markt“ bzw. „Marktwirtschaft“ bewußt werden, die die Kommunikation zwischen Gegnern und Befürwortern, Skeptikern und Neutralen nicht selten erschweren. Verstehen die einen darunter primär die Wirkungsweise des *Marktmechanismus*, also ein dezentrales Koordinierungsinstrument, bei dem letztlich das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage über Preise, Produktion und Beschäftigung entscheidet, haben andere eher das *theoretische Konzept der*

Organisation einer Volkswirtschaft im Blick. Dabei wird „Marktwirtschaft“, wie etwa in der zitierten Schlußbotschaft der CIMI-Generalversammlung, teilweise mit „Neoliberalismus“ gleichgesetzt – im Sinne einer Volkswirtschaft, in der sich der Staat auf eine bloße „Nachwächterrolle“ zurückzieht und insbesondere die soziale und ökologische Komponente vernachlässigt.

Teilweise wird „Marktwirtschaft“ aber auch mit „Sozialer“ oder „Ökologisch-sozialer Marktwirtschaft“ identifiziert – nun im Sinne einer Volkswirtschaft, in der ein staatlich gesetzter und sanktionierter Rahmen das wirtschaftliche Handeln mit dem Ziel organisiert, ökonomische Prozesse effizient zu gestalten und Verteilungsergebnisse hervorzubringen, die von den Betroffenen als sozial gerecht und ökologisch tragfähig anerkannt werden (können). Schließlich wird der Begriff „Marktwirtschaft“ auch noch auf *konkret praktizierte Wirtschaftssysteme* einzelner Länder bezogen, wobei aufgrund historischer, kultureller, politischer, geographischer, klimatischer und anderer relevanter Unterschiede ebenso viele Formen von „Marktwirtschaft“ existieren wie es entsprechend etikettierte Nationalökonomien gibt.

Der argentinische Philosoph *Juan Carlos Scannone* führte demgegenüber noch weitere wichtige Differenzierungen ein. Der Markt erfasse lediglich eine, nämlich die ökonomische Dimension des Menschen. Die Logik des Marktes sei darum nicht die einzige, vielmehr gebe es neben ihr – und nicht minder bedeutsam – etwa die Logik der Zivilgesellschaft oder die Logik des Evangeliums. Zudem müsse zwischen der Marktlogik einerseits und einer „Idolatrie“ des Marktes unterschieden werden, worauf schon die Enzyklika „Centesimus annus“ (1991) hingewiesen hatte, in der *Johannes Paul II.* nach dem Ende der befehlsadministrativen Zentralverwaltungswirtschaften Mittel- und Osteuropas vor der „Gefahr einer ‚Vergötzung‘ des Marktes“ (CA 40) gewarnt hatte. Nach den Beobachtungen des Direktors des Instituts für europäisch-lateinamerikanische Beziehungen (IRELA), *Wolf Grabendorff*, erliegen die Länder des amerikanischen Kontinents dieser Gefahr in viel stärkerem Maße als etwa die Staaten Europas.

Die Bischofsversammlung von Santo Domingo stellte zwei entscheidende Fragen: „Bis wohin darf die Freiheit des Marktes reichen? Welche Eigenschaften muß sie haben, damit sie der Entwicklung der großen Mehrheit dient?“ (SD 194) Die lateinamerikanischen Bischöfe gaben 1992 eine klare Antwort. Die Marktwirtschaft sei kein absoluter Wert, dem man unter Verschärfung der Ungleichheit und Marginalisierung alles andere opfern dürfe. Mit Bezug auf *George Soros* Werk „Die Krise des globalen Kapitalismus“ ergänzte in der „Wolfsburg“ CELAM-Präsident *Jorge Jiménez Carvajal*, daß das Marktsystem, wie jedes andere menschliche Gebilde, „seinem Wesen nach mangelhaft“ sei. Die existierenden Marktregeln seien keine ehernen Naturgesetze, sondern von denkenden

Akteuren gestaltet und somit auch veränderbar. Welche Regeln braucht also der Markt, damit die fortschreitende Exklusion der Armen gestoppt wird und die aktuell am wenigsten Begünstigten den größten Vorteil davontragen?

Im Hinblick auf den ökonomischen Reformprozeß, der in verschiedenen Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik schon in den achtziger Jahren in Gang gesetzt wurde, ist immer wieder von der „Wende zur Marktwirtschaft“ die Rede. Für den Göttinger Wirtschaftswissenschaftler *Hermann Sautter* repräsentiert diese Formel nichts weniger als einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der sich vor allem in einem weitgehenden Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Aktivitäten, aber auch aus seiner *Regulierungs- und Kontrollfunktion* manifestiert. Dabei sei fatalerweise oft übersehen worden, daß die Marktwirtschaft auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sei, der allein die unabdingbaren institutionellen Rahmenbedingungen sichern könne. Die forcierte Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung der Märkte erbrachte zwar auch einen Abbau von Pfründenwirtschaft und Handelshemmnissen sowie einen Zuwachs an Effizienz und Produktivität. Einige Reformpolitiker hätten das Motto „so wenig Staat wie möglich“ auf die Spitze getrieben: Bei der Befolgung neoliberaler, von US-amerikanischer Seite propagierter Rezepte seien sie „päpstlicher als der Papst“ vorgegangen.

Ein sozialpolitisch agierender Staat ist notwendig

Da Märkte in der Praxis jedoch aufgrund unterschiedlicher Ausgangsbedingungen tendenziell die Stärkeren begünstigen, zudem immer wieder versagen und – aus dem Blickwinkel der Armen betrachtet – ungerechte Verteilungsergebnisse hervorbringen, brauche es, so Sautter, einen regelsetzenden, sanktionsbewehrten und sozialpolitisch agierenden Staat, der als Garant des Gemeinwohls wie der Freiheitsrechte der einzelnen auftrete. In dieser Hinsicht brauche es also nicht etwa einen schwachen, sondern vielmehr einen, „bei der Wahrnehmung seiner Kernfunktionen starken Staat“. Der Staat solle *schlanker*, aber nicht *schwächer* werden.

Zu den unaufgebbaren Kernfunktionen gehört im Rahmen einer aktiven Sozial- und Menschenrechtspolitik etwa die Deckung zumindest der elementaren Bedürfnisse Wohnung, Gesundheit und Bildung, vor allem dort, wo entsprechende private Angebote von großen Teilen der Bevölkerung mangels Kaufkraft nicht wahrgenommen werden können. Unter den ökologischen Bedingungen des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts zählt zu diesen Kernfunktionen aber ebenso eine dynamische Umweltpolitik.

In Lateinamerika, so Grabendorff, trifft man allerdings – trotz der vielbeschworenen „Wende“ – auf große Unterschiede hinsichtlich der Realisierung des Konzepts „Marktwirtschaft“, wobei hinzukommt, daß die lateinamerikanischen Marktwirt-

schaften alles andere als *soziale* Marktwirtschaften deutschen Zuschnitts seien, wie *Ricardo Ffrench-Davis* von der Wirtschaftlichen Kommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) betont. Ob es ein Zuviel oder ein Zuwenig an Markt gebe, darüber gingen die Meinungen unter den Teilnehmern des Symposiums weit auseinander. Darüber, daß es an flankierenden staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen mangelt, war man sich einig.

Ob grundsätzlich Marktwirtschaft überhaupt eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für Wohlstand und sozialen Frieden darstellt, wie etwa *Klaus Friedrich*, der Chefvolkswirt der Dresdner Bank, ausführte, war äußerst umstritten. Der Belgier *François Houtard*, seinerzeit Konzilsperitus des jüngst verstorbenen brasilianischen Bischofs *Helder Câmara* und vehementer Marktskeptiker, widersprach mit einer Kritik am „Marktimperialismus“ und einem Plädoyer für ein alternatives Gesellschaftsprojekt. Unter der „Wende zur Marktwirtschaft“ sei in Lateinamerika die Zahl der absolut Armen auf 43 Millionen Menschen gestiegen; die Marktlogik verschärfe die Kluft zwischen Arm und Reich. Die soziale Gerechtigkeit sei in der Folge dieses Prozesses auf der Strecke geblieben. Seine Reformvorschläge zielten jedoch keineswegs auf eine Ersetzung des Marktmechanismus, vielmehr auf eine starke Rahmenordnung zugunsten der Armen.

Wie läßt sich aber das Verhältnis von Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit bestimmen? Ist die soziale Gerechtigkeit eine freiwillige und nachträgliche Zugabe? Aus einer christlichen Perspektive, so *Javier Iguñiz*, Ökonom an der Päpstlichen Universität von Lima, gebe es keine Alternative zur Gerechtigkeit, wohl aber zur bestehenden Wirtschaftsordnung, zu *dieser* Globalisierung und zu *dieser* Marktwirtschaft. Nicht Deregulierung im Sinne eines weiteren Zurückdrängens des Staates aus seinen Kernfunktionen sei an der Tagesordnung, sondern vielmehr eine Reregulierung wirtschaftlicher Prozesse (Houtard), überall dort, wo Märkte nicht funktionieren oder – unter der Gerechtigkeitsprämisse betrachtet – unerwünschte Resultate hervorbringen. Markt und Wettbewerb, dies unterstrich auch der Bochumer Sozialethiker *Joachim Wiemeyer*, können ihre für die Gesamtgesellschaft günstigen sozialen Folgen nur dann entfalten, wenn soziale Gerechtigkeit als Leistungs-, Chancen-, Bedarfs-, Zukunfts- und Finanzierungsgerechtigkeit strukturell und institutionell gewährleistet ist.

Spätestens seit den heftigen Debatten zwischen Modernisierungs- und Dependenztheoretikern ist die Frage strittig, ob die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme Lateinamerikas eher „hausgemacht“ oder eher außenwirtschaftlich bedingt sind. Dabei lassen die komplexen Wechselwirkungen zwischen endogenen und exogenen Faktoren eine eindeutige Zuschreibung kaum zu.

Nach wie vor gilt nachhaltiges, stabiles Wachstum als unabdingbare Voraussetzung wirksamer Armutsbekämpfung. Bei

einer jährlichen Zunahme der lateinamerikanischen Bevölkerung von zur Zeit 1,6 Prozent, das bedeutet eine Steigerung um etwa sieben Millionen Menschen pro Jahr, ist ein mindestens ebenso starkes Wachstum des Bruttosozialprodukts erforderlich, soll wenigstens der Status quo erhalten werden. Lag in den Jahren 1990 bis 1997 das durchschnittliche Wirtschaftswachstum noch bei 3,1 Prozent, so erreichte es 1998/99 nur noch ein Prozent. Dies ist entschieden zu wenig, um die anstehenden sozialen und ökologischen Aufgaben zu bewältigen.

Andererseits würden aber auch höhere Wachstumsraten allein nicht ausreichen. Darauf verwies der ecuadorianische Berater in der Abteilung Geld- und Währungsfragen des Internationalen Währungsfonds, *Luis Ignacio Jácome Hidalgo*. Wenn sich das Wachstum auf die kapitalintensiven Branchen beschränkt, wie dies etwa in Argentinien oder Peru der Fall sei, schlage es sich nicht in einer Ausweitung der Beschäftigung nieder. Auch Sorge eine wirtschaftliche Belebung nicht automatisch für soziale und ökologische Verbesserungen, während der umgekehrte Zusammenhang sehr wohl gelte: Im ökonomischen Krisenfall sinkt in aller Regel auch das Niveau sozialer und umweltpolitischer Anstrengungen.

Lateinamerika erlebt eine Feminisierung der Armut

Daß Wachstum nur eine notwendige, keineswegs aber schon eine hinreichende Bedingung für einen Zuwachs an Beschäftigung darstellt, zeigt das Phänomen des sogenannten „jobless growth“. Beschäftigung in Phasen der volkswirtschaftlichen Stagnation oder gar Rezession auszuweiten, ist allerdings ungleich schwieriger, wenn nicht gar unmöglich. Wenn aber die Ausweitung des Beschäftigungsangebots langfristig nicht nur billiger, sondern vor allem auch humaner ist als staatliche Transferzahlungen, dann ist die *primäre* Aufgabe einer Politik der Armutsbekämpfung, die Armen durch eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur *selbständigen* Erzeugung von Einkommen zu befähigen, wie der chilenische Volkswirt *Cristián Aedo* betonte. Dazu zählt auch, so *Hermann Römer*, Generalmanager der *Compañía Electrica de Sochagota* (eine STEAG-Tochter), die Bereitstellung zinsgünstiger Existenzgründungsdarlehen, da die Armen auf den Kreditmärkten nahezu chancenlos sind und kaum ausreichende eigene Ersparnisse ansammeln können.

Es gibt nichts Unsozialeres als Inflation, so urteilte der Vorstandsvorsitzende der Thyssen Krupp AG, *Gerhard Cromme*; Inflation treffe vor allem die Armen. Konnten in diesem Jahrzehnt im Rahmen der Inflationsbekämpfung in Lateinamerika dramatische Erfolge verzeichnet werden – zwischen 1990 und 1998 sank die Rate von sechshundert auf neun Prozent –, läßt sich im Hinblick auf den Abbau gravierender sozialer Ungleichheit kein Fortschritt verzeichnen. Der große

Fehler der Marktwirtschaft, so Bischof Jiménez, liege darin, daß ihre Effizienz einen ausgrenzenden Charakter besitze. Sie könne zwar Reichtum schaffen, sei aber nicht fähig, ihn gerecht zu verteilen.

Der lateinamerikanische Kontinent hält schon länger den traurigen Rekord, der Erdteil mit der ungerechtesten Einkommensverteilung der Welt zu sein, wie der Venezulaner *Ricardo Hausmann*, Chefvolkswirt der Interamerikanischen Entwicklungsbank, konstatierte. Dabei sind die sozialen Unterschiede in Brasilien, Paraguay, Ecuador und Chile am deutlichsten ausgeprägt. Die Reichen Lateinamerikas, die obersten zehn Prozent, seien sehr viel reicher als das entsprechende Zehntel in den übrigen Entwicklungsländern. Und die sozialen Ungleichheiten sind in diesem Jahrzehnt noch größer geworden. Die Zahl der durch Hunger und Unterernährung verursachten Todesfälle ist gestiegen.

Mittlerweile leben in Lateinamerika mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, wobei Frauen die Hauptlast im Überlebenskampf zu tragen haben, wie die mexikanische Benediktinerin *Maricarmen Bracamontes* aufzeigte. Lateinamerika erlebe geradezu eine „Feminisierung der Armut“. Die zunehmende Verelendung zwingt immer mehr Menschen dazu, ihren ländlichen Wohnort zu verlassen, da oft weite Teile des Landes zugunsten der Zentren vernachlässigt werden. Dabei sehen sich die Migrantinnen und Migranten nicht selten mit offener, zumeist wirtschaftlich induzierter Ausländerfeindlichkeit konfrontiert. Besonders gravierend sei in diesem Zusammenhang das Problem der Landverteilung. So drängten mehrere Referenten auf eine in den meisten Ländern längst überfällige Agrar- bzw. Landreform.

Wichtige Ursachen der sozialen Ungleichheit sind darüber hinaus die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Zahl der Kinder ohne eigenes Einkommen sowie vor allem die starke Schichtenausprägung hinsichtlich des Bildungszugangs. Der Manager Römer kritisierte in diesem Zusammenhang die „Ausgrenzung sozial Schwacher“ bei der Universitätsausbildung, die dazu führe, daß sich die finanziell leistungsstarke Klasse über den besseren Bildungszugang permanent selbst „reproduziere“ und die Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft besetze.

Wir können nicht weiter den Diskurs des Wissens denen vorbehalten, die Reichtum und Mittel genießen, und für die Armen den Diskurs der Alphabetisierung bereithalten, so *Guillermo León Escobar Herrán*, der Botschafter Kolumbiens beim Heiligen Stuhl. Das öffentliche Bildungssystem insgesamt kann jedoch nur dann entscheidend verbessert werden, wenn in den Staaten Lateinamerikas auch die Besserverdienenden und Vermögenden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt werden. Diese Gruppe zahlt im Weltvergleich zu wenig Steuern – eine entscheidende Ursache dafür, daß das Steueraufkommen in den lateinamerikanischen Ländern deutlich niedriger liegt als in vergleichbaren Staaten. Ursachen sind nicht nur die man-

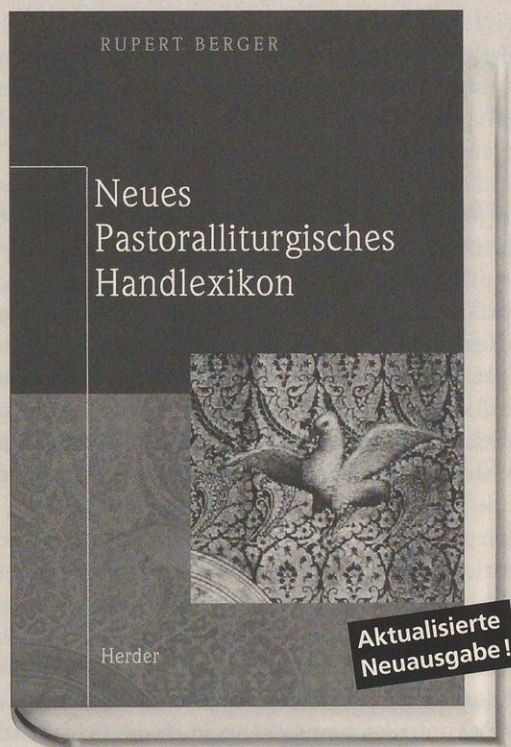
gelnde Steuermoral oder gezielte Steuerhinterziehung auf seiten der Steuerpflichtigen. Auch die gesetzlichen Grundlagen und die Effizienz der ausführenden Organe sind mangelhaft. Das Aufkommen aus der Einkommenssteuer in den Ländern Lateinamerikas beträgt beispielsweise nur gut fünfzig Prozent dessen, was in Staaten mit ähnlichem Pro-Kopf-Einkommen außerhalb des Kontinents erhoben wird. Aber auch bei den Verbrauchssteuern wird der internationale Standard um etwa dreißig Prozent unterschritten. Deshalb sind eine Steuerreform, transparente Steuergesetze, eine leistungsfähige Steuerverwaltung sowie eine ausgeweitete Mitteilungspflicht der Banken dringend erforderliche Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Ohne eine solide Finanzierungsbasis kann der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommen, ohne Steuergerechtigkeit wird die Steuermoral der einzelnen weiter erodieren.

Trotz beachtlicher Demokratisierungfortschritte sind die Länder Lateinamerikas, wie der Ökonom Sautter feststellt, noch weit von rechtsstaatlichen Verhältnissen entfernt: Das staatliche Machtmonopol sei längst nicht überall gewährleistet, das geschriebene Recht sei oft diffus und werde kaum respektiert, die Ordnungskräfte gelten in nicht wenigen Ländern als korrupt und gesetzlos, die Rechtsprechung als partiell. Weitverbreitete Rechtsunsicherheit sei das nahezu zwangsläufige Resultat. Gesicherte Rechtsverhältnisse verlangten aber nicht nur eine Reform der Institutionen, sondern auch der sie tragenden Kultur: Ernst genommen werde nur das Recht, das der Staat durchsetze, aber durchsetzbar sei andererseits auch nur, was in der Bevölkerung grundsätzlich auf Akzeptanz stoße. Dazu ist nicht nur eine größere soziale Repräsentativität und politische Legitimität in den leitenden staatlichen Organen vonnöten, sondern ebenso sehr eine wirksame Kontrolle der politischen Macht durch eine unabhängige Justiz und kritische Öffentlichkeit, wie *Josef Thesing* von der Konrad-Adenauer-Stiftung hervorhob.

„Wieviel Marktwirtschaft können die lateinamerikanischen Gesellschaften verkraften und dennoch demokratisch bleiben?“ fragte provozierend Grabendorff. Dahinter steht die Sorge, daß die gesellschaftlichen Verwerfungen und Spaltungen infolge unregulierten Marktgeschehens den labilen sozialen Zusammenhalt der lateinamerikanischen Gesellschaften und damit zugleich den demokratischen Prozeß selbst gefährden. Wirkliche Demokratie könne sich erst auf dem Fundament wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Demokratie erheben, wie der argentinische Gewerkschafter *Carlos Custer* unterstrich.

Zu den externen Ursachen der gegenwärtigen Problemlage nannte der Vertreter der Interamerikanischen Entwicklungsbank fünf jüngere Beispiele verhängnisvoller Einbrüche, die Lateinamerika wie die ägyptischen Plagen heimgesucht hätten: die asiatische Finanzkrise, der Zusammenbruch der Rohstoffpreise, das Klimaphänomen El Niño, die Hurrikane George und Mitch, die Rußland- sowie die Brasilienkrise.

Das praktische Nachschlagewerk rund um den Gottesdienst



Rupert Berger
**Neues Pastoralliturgisches
Handlexikon**

592 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
DM 68,- / öS 496,- / SFr 65,-
ISBN 3-451-26603-2

Das erstmals 1980 erschienene Pastoral-liturgische Handlexikon von Adolf Adam und Rupert Berger hat sich über Generationen hinweg als umfassende und verlässliche Informationsquelle in allen Fragen rund um den Gottesdienst unverzichtbar gemacht. Der bekannte Liturgiewissenschaftler und Seelsorger Rupert Berger hat in dieser Neuauflage alle Änderungen und Neuordnungen berücksichtigt, das ursprüngliche und bewährte Konzept jedoch beibehalten. Das einmalige Standardwerk für alle haupt- und ehrenamtlich in der Pastoral Tätigen – jetzt wieder auf dem neuesten Stand!

HERDER

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung oder bei:
D+A: Freiburger BuchVersand
Habsburgerstraße 116, 79104 Freiburg
CH: Herder AG Basel, Postfach, CH-4133 Pratteln 1

Hausmann machte deutlich, daß nationale Politik nur bedingt Einfluß auf solche exogenen Ereignisse nehmen kann. Zu ähnlich verliefen die makroökonomischen Kurven der lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Aber auf welchem Niveau eine externe Krise die jeweilige Volkswirtschaft trifft, dies sei inländisch durchaus beeinflussbar. Auch wenn durch die Globalisierung nationale Souveränitätseinbußen zu verzeichnen sind, blieben dennoch Spielräume, die es allerdings zu nutzen gelte.

Schuldendienst verhindert notwendige soziale Investitionen

Über die Größe dieser Spielräume entscheidet auch das jeweilige Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und der Höhe der *Auslandsverschuldung*. Ob die Auslandsschulden Lateinamerikas bezahlbar (Hausmann), unbezahlbar (so der mexikanische Politiker *Julio Faesler Carlisle*) oder zunehmend unbezahlbarer (Bischof Jiménez) sind, darüber gingen die Meinungen beim Symposium auseinander. Die Verweigerung der Rückzahlung hätte für Lateinamerika allerdings fatale Folgen. Da die Volkswirtschaften angesichts der niedrigen inländischen Sparquote zumindest mittelfristig auf externe Kapitalzuflüsse angewiesen bleiben, sei es richtiger, einen Mechanismus zu installieren, der die Rückzahlung ermöglicht, ohne die betroffenen Länder zu destabilisieren (Hausmann). Zugleich müsse aber auch das Sparverhalten der Inländer durch entsprechende Anreize gefördert werden, wobei die Zahl derer, die überhaupt sparen können, durch die zunehmende Verarmung begrenzt ist.

Erzbischof Rodriguez, Schirmherr der deutschen Erlaßjahrkampagne 2000, verdeutlichte, daß die bestehende Auslandsverschuldung vor allem zu Lasten der Armen gehe, da sie aufgrund des hohen Schuldendienstes notwendige soziale Investitionen, etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung, verhindere. Die lateinamerikanischen Gesellschaften dürften nicht länger für Fehler bezahlen, die bei der Kreditvergabe gemacht worden seien, forderte Ffrench-Davis. Man dürfe aber auch nicht die inländischen „Zwillingsbrüder“ Korruption und Kapitalflucht vergessen, die bei der Diskussion um die Verschuldung nur allzu leicht vernachlässigt würden, betonte Hemmer.

Dabei geht es um die drückenden Altlasten. Die neuen Kapitalzuflüsse nach Lateinamerika schwanken erheblich. Zwischen 1997 und 1999 sanken sie um die Hälfte, unter anderem weil die Dividenden in Lateinamerika nicht hoch genug sind, um ausreichend frisches Investivkapital anzuziehen. Hinzu kommt, daß trotz dramatisch gesunkener Inflationsraten von Preisstabilität immer noch nicht die Rede sein kann. Die Anfälligkeit für internationale Krisen trägt ein übriges dazu bei, ausländische Investoren abzuschrecken. Wie sich die Globalisierung national auswirkt, hängt in erster

Linie von den internen Strukturen der einzelnen Länder selbst ab, betonte Hemmer. Häufig demaskiere die Globalisierung nur interne Defizite, was die unterschiedlichen nationalen Erfahrungen mit derselben Globalisierung belegten. Dennoch gilt es, die mangelnde Fairneß im internationalen Handel nicht aus dem Blick zu verlieren. So verhalte sich die Europäische Union nach wie vor protektionistisch.

Die in den meisten Ländern Lateinamerikas zum Teil recht abrupt realisierte und nicht hinreichend vorbereitete außenwirtschaftliche Liberalisierung und Weltmarktöffnung – die Zaubervorteile der Marktökonom (Rodriguez) und das neue Evangelium der USA (Faesler Carlisle) – bedeutet vor allem für die protektionsgewohnten Branchen eine allzu plötzliche Konfrontation mit dem scharfen Wind des internationalen Wettbewerbs. Viele der kleineren und mittleren nationalen Unternehmen zeigten sich dem nicht gewachsen. Der massenhafte Zusammenbruch dieser Unternehmen, zunehmende Arbeitslosigkeit und Verarmung waren und sind die krassen Folgen.

Dennoch sieht Erzbischof Rodriguez, wie auch sein Nachfolger im Amt des CELAM-Präsidenten, durchaus Chancen der Weltmarkteinbindung, wenn etwa im Zuge des wachsenden Wettbewerbs Effizienz und Produktivität ansteigen. Ob die dadurch möglichen Wohlstandsgewinne auch die Armen erreichen, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die wachstumstheoretische Hoffnung auf ein allmähliches „Durchsickern“ zu den Ärmsten hat sich jedenfalls bislang als trügerisch erwiesen. Deshalb plädiert der Erzbischof für eine „solidarische Öffnung“ – mit Protektion für die Schwachen und unter verstärkter regionaler Integration auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

In den Wirtschaftsblöcken des Mercosur und Pacto Andino, aber auch in den Formen der zentralamerikanischen sowie der karibischen Assoziation haben die darin zusammengeschlossenen Länder bereits den Weg zu größerer supranationaler Integration Lateinamerikas eingeschlagen, während sich Mexiko über die NAFTA stärker an die USA angebunden hat. Heute stelle sich die Frage, so Römer, ob es Lateinamerika und der Karibik in Zukunft gelingen wird, diese Blöcke weiter zu verschmelzen, mit einer Stimme zu sprechen und so gegenüber den USA und Europa mehr weltpolitisches Gewicht, auch in den internationalen Organisationen, zu erwirken. Nur eine Gemeinschaft Lateinamerikanischer Nationen (in Analogie zur EU), nicht jedoch eine gesamtamerikanische Freihandelszone im Sinne eines die ganze Hemisphäre umfassenden „Supermarktes“ könne das Ziel der Integration sein.

Die internationalen Kapitalströme bilden das Kernstück der Globalisierung, so der Chefvolkswirt der Dresdner Bank, *Klaus Friedrich*. Er sieht in ihnen eine Welle, auf der man surfen müsse, um nicht zu ertrinken oder überrollt zu werden. Für Hausmann sind die Finanzmärkte allerdings nicht,

wie manche behaupteten, die „Hand Gottes“ in der Welt, sondern eine Quelle der Instabilität. Ein zentrales Problem sei die enorme Volatilität des Finanzkapitals, die Hausmann nach einer neuen Finanzarchitektur und Erzbischof Rodriguez nach ethischen Regeln für das destabilisierende Wanderkapital rufen ließ.

Custer machte darauf aufmerksam, daß das Volumen der kurzfristigen, rein spekulativen Kapital- und Devisenströme sechzigmal größer ist als das der Zuflüsse in die produzierende Wirtschaft. Von daher brauche es ein internationales Kontrollsystem insbesondere für die kurzfristigen Finanzströme. Um diese in produktive Investitionen zu lenken, forderten einige Referenten deshalb die Erhebung von Steuern auf solche kurzfristigen Finanztransaktionen, Steuern, die nicht nur einen Zuwachs an Stabilität bringen, sondern auch die monetäre Basis für dringende öffentliche Aufgaben vergrößern könnten.

Das, was die Kirchen in Deutschland in ihrem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage als vor-

dingliches Ziel beschrieben haben, kann – nach den Voten der lateinamerikanischen Teilnehmer – auch die Richtung des dortigen Reformweges andeuten: „Grundlegend muß die Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnung auf ihre Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft zielen. ... Die Erwartung, eine Marktwirtschaft ohne solche Verpflichtungen, eine gewissermaßen adjektivlose, reine Marktwirtschaft könne den Herausforderungen besser gerecht werden, ist ein Irrglaube.“ (GW 11) Ein Irrglaube, unter dem die Armen – wieder einmal – am meisten zu leiden hätten. Ihre Bedürfnisse, ihre Bildung und Befähigung, ihre Beteiligung an den grundlegenden ökonomischen und politischen Entscheidungen, ihr Stimmrecht in den einschlägigen Institutionen und Organisationen: Dies sind die Maßstäbe und Ziele, die das ökonomische, soziale und ökologische Reformprojekt Lateinamerikas leiten können, ja leiten müssen, wenn denn – entgegen der Befürchtung Houtards – die soziale Gerechtigkeit ihr Haupt aus der „Asche“ des Neoliberalismus erheben soll.

Andreas Lienkamp

Nachrichten

Bei einem Treffen der Weltreligionen im Vatikan wurde nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht

Nicht das gemeinsame Gebet, sondern die Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit war das Ziel eines Treffens von Vertretern 19 verschiedener religiöser Traditionen in Rom Ende Oktober. Vom 24. bis zum 28. Oktober hatte der Päpstliche Rat für den interreligiösen Dialog – auf Anregung des Vorbereitungskomitees für das Heilige Jahr – dazu in den Vatikan eingeladen, um mit den mehr als 200 Teilnehmern aus über 50 Ländern über Wege zu einem friedlicheren Miteinander zu beraten. In der gemeinsam erarbeiteten und am Ende vorgestellten Botschaft wird dazu aufgerufen, Haß, Gewalt und Diskriminierung zu ächten und Vergebung für die Fehler der Vergangenheit zu erbitten. Schon bei der Erziehung der Kinder sei dafür zu sorgen, daß andere Religionen nicht verunglimpft werden.

Kardinal *Francis Arinze*, Präsident des Päpstlichen Rates, lobte das harmonische Klima und räumte ein, daß das Gespräch zwischen den Repräsentanten offenbar weitaus leichter sei als die Zusammenarbeit vor Ort. *Johannes Paul II.* sagte bei der Abschlußveranstaltung, an der auch der Dalai Lama, das Oberhaupt des tibetischen Buddhismus, teilgenommen hat: „Ich habe immer daran geglaubt, daß die religiösen Führer eine wichtige Rolle dabei spielen, die Hoffnung auf Gerechtigkeit und Frieden zu nähren, ohne die es für die Menschheit keine Zukunft gibt.“ Daß beim Gipfel der Weltreligionen, der an das interreligiöse Treffen von Assisi 1986 knüpfte, nicht gemeinsam gebetet wurde, sei der Wunsch aller gewesen, so Arinze. Nur wer dasselbe glaube, könne auch gemeinsam beten.

EKD-Synode unterstreicht den missionarischen Auftrag der Kirche

Zehn Jahre nach der Öffnung der Berliner Mauer tagte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

in der „Heldenstadt“ Leipzig. Schwerpunktthema der Beratungen vom 7. bis 11. November war „Mission und Evangelisation“; daneben befaßten sich die Synodalen u. a. mit dem EKD-Haushalt, den mühsamen Versuchen, kirchliche Aktivitäten im deutschen Protestantismus besser zu bündeln, und dem Projekt eines evangelischen Monatsmagazins als Nachfolgeorgan für das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“, das vermutlich nur noch bis Februar 2000 erscheint.

In einer „Kundgebung“ zum Schwerpunktthema heißt es, eine Kirche, die den Anspruch aufgegeben habe, wachsen zu wollen, sei in der Substanz gefährdet. Die Kirche dürfe nicht darauf warten, daß die Menschen von sich aus das Gespräch über Gott und die Welt suchten: „Wir müssen auf sie zugehen und mit der christlichen Botschaft in den Lebenszusammenhängen der dem Glauben ferngerückten oder entfremdeten Menschen gegenwärtig sein.“ Von der Leipziger Synodentagung soll demnach ein Signal ausgehen: „Die evangelische Kirche setzt das Glaubenssthema und den missionari-